

Landesparteitag 2013.1

Protokoll

Burgkeller, Burgplatz 3,
04924 Bad Liebenwerda
10.-11.08.2013



1 Eröffnung durch den Landesvorstand.....	4
2 Wahl der Versammlungsleitung.....	4
3 Wahl der Protokollführung.....	4
4 Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung.....	4
5 Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	4
6 Zulassung von Gästen.....	4
7 Zulassung von Audio-, Bild- und Videoaufnahmen.....	5
8 Beschluss der Tagesordnung.....	5
9 Beschluss der Geschäftsordnung.....	5
10 Wahl der Wahlleitung.....	5
11 Wahl der Rechnungsprüfer.....	5
12 Tätigkeitsberichte der Vorstandsmitglieder.....	5
12.1 Tätigkeitsbericht von Clara Jongen, 2. Vorsitzende.....	5
12.2 Tätigkeitsbericht von Thomas Goede, Beisitzer.....	6
12.3 Tätigkeitsbericht von Veit Goeritz, Politischer Geschäftsführer.....	6
12.4 Tätigkeitsbericht von Michael Hensel, 1. Vorsitzender.....	6
12.5 Tätigkeitsbericht von Holger Kipp, Generalsekretär.....	6
12.6 Tätigkeitsbericht von Eik Wassberg, Schatzmeister.....	6
12.7 Tätigkeitsbericht von Nadine Paffhausen, Beisitzerin.....	6
13 Bericht der Kassenprüfer.....	6
13.1 Kassenprüfbericht von Michael von Gradolewski.....	6
13.2 Kassenprüfbericht von Klaus-Dieter Peter.....	6

14 Bericht der Rechnungsprüfer.....	6
15 Entlastung der Vorstandsmitglieder.....	6
15.1 Entlastung von Clara Jongen, 2. Vorsitzende.....	7
15.2 Entlastung von Eik Wassberg, Schatzmeister.....	7
15.3 Entlastung von Holger Kipp, Generalsekretär.....	7
15.4 Entlastung von Veit Goeritz, Politischer Geschäftsführer.....	7
15.5 Entlastung von Nadine Paffhausen, Beisitzerin.....	7
15.6 Entlastung von Thomas Goede, Beisitzer.....	7
15.7 Entlastung von Michael Hensel, 1. Vorsitzender.....	7
16 Beschluss über die Zusammensetzung des Vorstandes.....	7
16.1 Sonstiger Antrag X004 – Beisitzer mit Funktionsbezeichnung abschaffen.....	7
16.2 Anzahl der Beisitzer.....	7
16.3 Bezeichnung der Ämter der Beisitzer.....	8
17 Vorstellung der Kandidaten zum 1. Vorsitzenden.....	8
18 Wahl des 1. Vorsitzenden.....	8
19 Vorstellung der Kandidaten zum 2. Vorsitzenden.....	9
20 Wahl des 2. Vorsitzenden.....	9
21 Vorstellung der Kandidaten zum Schatzmeister.....	9
22 Wahl des Schatzmeisters.....	10
23 Vorstellung der Kandidaten zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).....	10
24 Wahl des Beisitzers (Politischer Geschäftsführer).....	11
25 Vorstellung der Kandidaten zum Beisitzer.....	11
26 Wahl des Beisitzers.....	11
27 Tätigkeitsbericht des Landesschiedsgerichtes.....	12
28 Vorstellung der Kandidaten zum Landesschiedsgericht.....	12
29 Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgericht.....	12
30 Nachwahl Protokollantin.....	12
31 Vorstellung der Kandidaten für die Ersatzschiedsrichter.....	13
32 Wahl der Ersatzschiedsrichter.....	13
33 Vorstellung der Kandidaten für die Kassenprüfer.....	13
34 Wahl der Kassenprüfer.....	14
35 Vorstellung der Kandidaten für den Finanzrat.....	14
36 Wahl der Mitglieder des Finanzrats.....	14
37 Abstimmung Sonstiger Antrag X003 – Einführung eines Antidiskriminierungsbeauftragten.....	15
38 Berichte der Arbeitsgemeinschaften.....	15
38.1 Bericht der Arbeitsgemeinschaft Technik.....	15
38.2 Bericht der Arbeitsgemeinschaft Politik.....	15
38.3 Bericht der Taskforce Wahlkampf.....	15
39 Satzungsänderungsanträge.....	16
39.1 SÄA001 – SMV für Stellungnahmen, Entschlüsseungen, Empfehlungen, Programm ohne Satzung.....	16
39.2 SÄA002 – Einreichungszeitraum.....	18
39.3 SÄA003 – Vertagung unbehandelter oder zurückgestellter Anträge.....	18

40 Programmänderungsanträge.....	18
40.1 WP004z – Legalisierung von Cannabis.....	18
40.2 WP008z – Drogenprävention an Brandenburger Schulen.....	19
40.3 WP041 – Kinder stärken – Bildungsqualität fördern.....	19
40.4 WP043 – Personalhoheit an staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen.....	20
40.5 WP044 – Budgethoheit staatlicher Bildungs- und Erziehungseinrichtungen.....	20
40.6 WP045 – Staatliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu eigenständigen Körperschaften.....	20
40.7 WP046 – Das Geld folgt den Kindern – Praktische Umsetzung.....	20
40.8 WP042 – Mehr Geld für Bildung.....	21
40.9 GP012 – Gegen Körperverletzung von Minderjährigen & X007 Gegen rituelle Körperverletzung von Minderjährigen.....	21
40.10 GP001 – Fanrechte für das Land Brandenburg.....	22
40.11 GP002 – Position des Landesverbandes Brandenburg zu Pyrotechnik.....	23
40.12 GP005 – Wissenschaft.....	23
40.13 GP006 – Vereintes Europa.....	24
40.14 GP007 – Grundpositionen Verkehrs- und Industrielärm.....	25
40.15 GP008 – Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates.....	25
40.16 GP009 – Staat und Religionsfreiheit.....	26
40.17 GP010 – Wahlrecht ist ein Menschenrecht.....	26
41 Schließung der Versammlung.....	27

1 Eröffnung durch den Landesvorstand

Die Vorsitzende Clara Jongen begrüßt die Anwesenden im Namen des Landesvorstandes der Piratenpartei Brandenburg. Ihre Rede behandelt die Entwicklung der Piratenpartei Brandenburg seit 2006 und setzt Schwerpunkte auf die Themen Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Als Vertreter der Stadt Bad Liebenwerda begrüßt Herr Berger die Anwesenden und informiert über den Veranstaltungsort.

2 Wahl der Versammlungsleitung

Caroline Mahn-Gauseweg kandidiert als Versammlungsleiterin.
Tina Otten kandidiert als stellvertretende Versammlungsleiterin.
René Streich kandidiert als stellvertretender Versammlungsleiter.

Caroline Mahn-Gauseweg, Tina Otten und René Streich werden mehrheitlich, bei einer Nein-Stimme sowie 3 Enthaltungen, von der Versammlung gewählt.

Caroline Mahn-Gauseweg führt die Versammlungsleitung.

3 Wahl der Protokollführung

Christian Beuster kandidiert als Protokollführer.
Lara Lämke kandidiert als Protokollführerin.

Christian Beuster und Lara Lämke werden mehrheitlich bei einer Nein-Stimme von der Versammlung gewählt.

4 Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung

Die Mitglieder der Piratenpartei Brandenburg wurden satzungsgemäß via E-Mail, respektive Briefpost, zum Landesparteitag eingeladen. Es werden keine Zweifel an einer ordnungsgemäßen Ladung geäußert.

Die satzungsgemäße Einladung des Landesparteitages wird festgestellt.

5 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landesverband Brandenburg umfasst derzeit 241 stimmberechtigte Mitglieder. Derzeit sind 64 Mitglieder akkreditiert.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

6 Zulassung von Gästen

Gäste werden mehrheitlich von der Versammlung zugelassen.

7 Zulassung von Audio-, Bild- und Videoaufnahmen

Audio-, Bild- und Videoaufnahmen werden mehrheitlich, bei einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen von der Versammlung zugelassen.

8 Beschluss der Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung wurde in der Einladung mitgeteilt¹.

Es liegt ein alternativer Vorschlag zur Tagesordnung vor².

Die alternative Tagesordnung wird mehrheitlich von der Versammlung beschlossen.

9 Beschluss der Geschäftsordnung

Derzeit gilt die Geschäftsordnung des Landesparteitages 2011.2³.

Es liegt ein alternativer Vorschlag zur Geschäftsordnung vor⁴.

Die Versammlungsleitung stellt die wesentlichen Unterschiede der Geschäftsordnungen vor.

Die alternative Tagesordnung wird mehrheitlich von der Versammlung beschlossen.

10 Wahl der Wahlleitung

Bernhardt Kern kandidiert als Wahlleiter.

Raimond Heydt kandidiert als stellvertretender Wahlleiter.

Bernhardt Kern und Raimond Heydt werden einstimmig von der Versammlung gewählt.

Thomas Langen, Jürgen Voigt, Marc Schoepplenberg, Frank Jegzentis, Alexander Zinser, Clara Jongen, Meinhard Lehofer und Sascha Kahle kandidieren als Wahlhelfer.

Thomas Langen, Jürgen Voigt, Marc Schoepplenberg, Frank Jegzentis, Alexander Zinser, Clara Jongen, Meinhard Lehofer und Sascha Kahle werden per Akklamation gewählt.

11 Wahl der Rechnungsprüfer

Die Versammlungsleitung stellt die Tätigkeit der Rechnungsprüfer vor.

Jan Leutert kandidiert als Rechnungsprüfer.

Marcus Bahrenhoff kandidiert als Rechnungsprüfer.

Jan Leutert und Marcus Bahrenhoff werden per Akklamation gewählt.

12 Tätigkeitsberichte der Vorstandsmitglieder

12.1 Tätigkeitsbericht von Clara Jongen, 2. Vorsitzende

Clara Jongen gibt ihren Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor⁵.

Es gibt keinen Aussprachebedarf zum Tätigkeitsbericht.

1 <http://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2013.1/Tagesordnung>

2 <http://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2013.1/Tagesordnung-Vorschlag2>

3 <http://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2011.2/Geschäftsordnung>

4 <http://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/GO2>

5 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/e/e9/Tätigkeitsbericht_Clara_Aug2012-Aug2013.pdf

12.2 Tätigkeitsbericht von Thomas Goede, Beisitzer

Thomas Goede gibt seinen Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor.
Es gibt keinen Aussprachebedarf zum Tätigkeitsbericht.

12.3 Tätigkeitsbericht von Veit Goeritz, Politischer Geschäftsführer

Veit Goeritz gibt seinen Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor⁶.
Es gibt keinen Aussprachebedarf zum Tätigkeitsbericht.

12.4 Tätigkeitsbericht von Michael Hensel, 1. Vorsitzender

Michael Hensel gibt seinen Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor⁷.
Es gibt keinen Aussprachebedarf zum Tätigkeitsbericht.

12.5 Tätigkeitsbericht von Holger Kipp, Generalsekretär

Holger Kipp gibt seinen Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor⁸.
Es gibt keinen Aussprachebedarf zum Tätigkeitsbericht.

12.6 Tätigkeitsbericht von Eik Wassberg, Schatzmeister

Eik Wassberg gibt seinen Tätigkeitsbericht ab und stellt diesen kurz vor⁹ ¹⁰.
Es gibt Aussprachebedarf zu den Bereichen Buchhaltung, Buchhaltungssystem, Beauftragungen und Handhabung der Mitgliederdaten.

12.7 Tätigkeitsbericht von Nadine Paffhausen, Beisitzerin

Nadine Paffhausen konnte nicht anwesend sein, ihr Tätigkeitsbericht wird hier der Vollständigkeit halber vermerkt¹¹.

13 Bericht der Kassenprüfer

13.1 Kassenprüfbericht von Michael von Gradolewski

Michael von Gradolewski gibt seinen Kassenprüfbericht ab und stellt diesen kurz vor¹².
Michael von Gradolewski empfiehlt den Vorstand finanziell nicht zu entlasten.

13.2 Kassenprüfbericht von Klaus-Dieter Peter

Klaus-Dieter Peter gibt seinen Kassenprüfbericht ab und stellt diesen kurz vor¹³.
Klaus-Dieter Peter empfiehlt den Vorstand finanziell zu entlasten.

Die Versammlung wird unterbrochen.

Die Versammlung wird um 14:00 Uhr fortgesetzt.

Carolin Mahn-Gauseweg übergibt die Leitung der Versammlung an Tina Otten.

14 Bericht der Rechnungsprüfer

Jan Leutert und Marcus Bahrenhoff geben ihren Prüfbericht ab und stellen diesen kurz vor.

Jan Leutert und Marcus Bahrenhoff empfehlen den Vorstand finanziell zu entlasten.

15 Entlastung der Vorstandsmitglieder

Der Vorstand wird einzeln entlastet.

6 <http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/6/6b/TätigkeitsberichtVeitGörizt.pdf>
7 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/0/07/T%C3%A4tigkeitsbericht_Michael_Hensel_-_2012-2013.pdf
8 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/b/b4/Tätigkeitsbericht_Holger_Kipp_2012_13.pdf
9 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/7/7c/Tätigkeitsbericht_Wassberg_Eik_2013.pdf
10 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/a/a8/Tätigkeitsbericht_Wassberg_Eik_2013_2.pdf
11 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/4/4f/Tätigkeitsbericht_von_Nadine_Paffhausen.pdf
12 <https://wiki.piratenbrandenburg.de/images/2/2a/2013-Kassenprüfung-1.pdf>
13 http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/c/c3/Kassenprüfung_v._04.08.2013.pdf

15.1 Entlastung von Clara Jongen, 2. Vorsitzende

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Clara Jongen wird entlastet.

15.2 Entlastung von Eik Wassberg, Schatzmeister

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.

Es wird ein GO-Antrag auf Auszählung eingereicht.

Die Auszählung ergibt 28 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

Eik Wassberg wird entlastet.

15.3 Entlastung von Holger Kipp, Generalsekretär

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Holger Kipp wird entlastet.

15.4 Entlastung von Veit Goeritz, Politischer Geschäftsführer

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Veit Goeritz wird entlastet.

15.5 Entlastung von Nadine Paffhausen, Beisitzerin

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Nadine Paffhausen wird entlastet.

15.6 Entlastung von Thomas Goede, Beisitzer

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Thomas Goede wird entlastet.

15.7 Entlastung von Michael Hensel, 1. Vorsitzender

Die Versammlung stimmt mehrheitlich für die Entlastung.
Michael Hensel wird entlastet.

Der Vorstand wurde vollständig entlastet.

16 Beschluss über die Zusammensetzung des Vorstandes

16.1 Sonstiger Antrag X004 – Beisitzer mit Funktionsbezeichnung abschaffen

Antragstext

Es werden keine Beisitzer mit Funktionsbezeichnungen gewählt.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Die Versammlung lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Der Antrag ist abgelehnt.

16.2 Anzahl der Beisitzer

Es wird ein GO-Antrag auf Meinungsbild eingereicht: Möchte die Versammlung eine Gruppe aus Kandidaten in Blockwahl wählen?

Die Versammlung wird unterbrochen.

Die Versammlung wird um 14:45 fortgesetzt.

Die Versammlungsleitung lehnt den GO-Antrag ab, da er zu personalisiert ist.

Es wird ein GO-Antrag auf Meinungsbild eingereicht: Würde die Versammlung eine Blockwahl unterstützen?

Das Meinungsbild fällt überwiegend negativ aus.

Es werden Vorschläge für die Anzahl der Beisitzer gesammelt.

Es stehen zur Auswahl Null, Zwei, Vier oder 42 Beisitzer zu wählen.

Die Versammlung führt ein Approval-Voting durch, über welche Auswahl abgestimmt wird.

Es erfolgt eine Stichwahl zwischen der Auswahl zwei und vier Beisitzer zu wählen.

Die Versammlung spricht sich dafür aus über zwei Beisitzer abzustimmen.

Es erfolgt die Abstimmung über die Wahl von zwei Beisitzern.

Die Versammlung stimmt mehrheitlich dafür zwei Beisitzer zu wählen.

16.3 Bezeichnung der Ämter der Beisitzer

Es erfolgt die Abstimmung ob einer der Beisitzer die Funktionsbezeichnung „Politischer Geschäftsführer“ führen soll.

Die Versammlung stimmt mehrheitlich dafür.

Es erfolgt die Abstimmung ob einer der Beisitzer die Funktionsbezeichnung „Generalsekretär“ führen soll.

Die Versammlung stimmt mehrheitlich dagegen.

Die Kandidatenlisten für alle Ämter werden geöffnet.

Es wird ein GO-Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingereicht.

Änderung des §15 der GO in „Die *Versammlung* entscheidet ob Wahlgänge getrennt oder zusammengefasst werden, [...]“.

Die Versammlung stimmt dem GO-Antrag mehrheitlich zu.

Der Wahlleiter erläutert das Wahlverfahren.

17 Vorstellung der Kandidaten zum 1. Vorsitzenden

Anke Domscheit-Berg kandidiert zur 1. Vorsitzenden.

Thomas Goede kandidiert zum 1. Vorsitzenden.

Cornelius Everding kandidiert zum 1. Vorsitzenden.

Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Anke Domscheit-Berg stellt sich der Versammlung vor.

Thomas Goede stellt sich der Versammlung vor.

Cornelius Everding stellt sich der Versammlung vor.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

Tina Otten übergibt die Versammlungsleitung an Carolin Mahn-Gauseweg

18 Wahl des 1. Vorsitzenden

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlleiter erläutert das Approval-Voting Wahlverfahren.

Der Wahlgang wird um 16:12 Uhr eröffnet.
Der Wahlgang wird um 16:18 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 16:18 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 16:38 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 65 Stimmen abgegeben, davon 63 gültige und 2 ungültige Stimmen.

Auf Anke Domscheit-Berg entfielen 32 Stimmen.
Auf Thomas Goede entfielen 8 Stimmen.
Auf Cornelius Everding entfielen 29 Stimmen.

Die Versammlung hat Anke Domscheit-Berg zur 1. Vorsitzenden gewählt.
Anke Domscheit-Berg nimmt die Wahl an.

19 Vorstellung der Kandidaten zum 2. Vorsitzenden

Roni Jacobowitz kandidiert zum 2. Vorsitzenden.
Cornelius Everding kandidiert zum 2. Vorsitzenden.
Christel Focken kandidiert zur 2. Vorsitzenden.

Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Roni Jacobowitz stellt sich der Versammlung vor.
Cornelius Everding stellt sich der Versammlung vor.
Christel Focken stellt sich der Versammlung vor.

Roni Jacobowitz zieht seine Kandidatur zurück.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

20 Wahl des 2. Vorsitzenden

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 16:49 Uhr eröffnet.
Der Wahlgang wird um 16:54 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 16:54 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 17:04 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 64 Stimmen abgegeben, davon 62 gültige und 2 ungültige Stimmen.

Auf Cornelius Everding entfielen 36 Stimmen.
Auf Christel Focken entfielen 14 Stimmen.

Die Versammlung hat Cornelius Everding zum 2. Vorsitzenden gewählt.
Cornelius Everding nimmt die Wahl an.

21 Vorstellung der Kandidaten zum Schatzmeister

Manfred Liedtke kandidiert zum Schatzmeister.

Thomas Goede kandidiert zum Schatzmeister.
Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Manfred Liedtke stellt sich der Versammlung vor.
Thomas Goede stellt sich der Versammlung vor.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

22 Wahl des Schatzmeisters

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 17:20 Uhr eröffnet.
Der Wahlgang wird um 17:26 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 17:26 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 17:38 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 62 Stimmen abgegeben, davon 62 gültige und keine ungültigen Stimmen.

Auf Manfred Liedtke entfielen 37 Stimmen.
Auf Thomas Goede entfielen 13 Stimmen.

Die Versammlung hat Manfred Liedtke zum Schatzmeister gewählt.
Manfred Liedtke nimmt die Wahl an.

Es wird ein GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung eingereicht.
Der GO-Antrag wird aus formalen Gründen zurückgewiesen.

23 Vorstellung der Kandidaten zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer)

René Streich kandidiert zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).
Thomas Goede kandidiert zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).
Daniel Domscheit-Berg kandidiert zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).
Christel Focken kandidiert zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).
Roni Jacobowitz kandidiert zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer).

Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

René Streich stellt sich der Versammlung vor.
Thomas Goede verzichtet auf eine erneute Vorstellung.
Daniel Domscheit-Berg stellt sich der Versammlung vor.
Christel Focken stellt sich der Versammlung vor.
Roni Jacobowitz stellt sich der Versammlung vor.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

Carolin Mahn-Gauseweg übergibt die Versammlungsleitung an Tina Otten.

Es wird ein GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung eingereicht.
Die Versammlung lehnt den GO-Antrag mehrheitlich ab.

24 Wahl des Beisitzers (Politischer Geschäftsführer)

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 18:17 Uhr eröffnet.

Der Wahlgang wird um 18:22 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 18:22 Uhr unterbrochen.

Die Versammlung wird um 18:34 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 64 Stimmen abgegeben, davon 64 gültige und keine ungültigen Stimmen.

Auf René Streich entfielen 21 Stimmen.

Auf Thomas Goede entfielen 13 Stimmen.

Auf Daniel Domscheit-Berg entfielen 36 Stimmen.

Auf Christel Focken entfielen 12 Stimmen.

Auf Roni Jacobowitz entfielen 19 Stimmen.

Die Versammlung hat Daniel Domscheit-Berg zum Beisitzer (Politischer Geschäftsführer) gewählt.

Daniel Domscheit-Berg nimmt die Wahl an.

25 Vorstellung der Kandidaten zum Beisitzer

Friedrich Schumann kandidiert zum Beisitzer.

Thomas Goede kandidiert zum Beisitzer.

Roni Jacobowitz kandidiert zum Beisitzer.

Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Friedrich Schumann stellt sich der Versammlung vor.

Thomas Goede verzichtet auf eine erneute Vorstellung.

Roni Jacobowitz verzichtet auf eine erneute Vorstellung.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

26 Wahl des Beisitzers

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 18:45 Uhr eröffnet.

Der Wahlgang wird um 18:49 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 18:49 Uhr unterbrochen.

Die Versammlung wird um 19:03 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 60 Stimmen abgegeben, davon 59 gültige und eine ungültige Stimme.

Auf Friedrich Schumann entfielen 32 Stimmen.

Auf Thomas Goede entfielen 14 Stimmen.

Auf Roni Jacobowitz entfielen 26 Stimmen.

Die Versammlung hat Friedrich Schumann zum Beisitzer gewählt.

Friedrich Schumann nimmt die Wahl an.

27 Tätigkeitsbericht des Landesschiedsgerichtes

Christel Focken gibt den Tätigkeitsbericht des Landesschiedsgerichtes ab und stellt diesen kurz vor.
Christel Focken beantwortet Fragen der Versammlung.

28 Vorstellung der Kandidaten zum Landesschiedsgericht

Die Versammlung wählt drei Schiedsrichter, sowie zwei Ersatzschiedsrichter.

Christel Focken kandidiert zur Richterin.
Simon Gauseweg kandidiert zum Richter.
Lutz Conrad kandidiert zum Richter.

Christel Focken stellt sich der Versammlung vor.
Lutz Conrad stellt sich der Versammlung vor.
Simon Gauseweg wird der Versammlung vorgestellt.

Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

29 Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgericht

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 19:34 Uhr eröffnet.
Der Wahlgang wird um 19:38 Uhr geschlossen.

Die Versammlung wird um 19:38 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 19:46 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 47 Stimmen abgegeben, davon 46 gültige und eine ungültige Stimme.

Auf Christel Focken entfielen 27 Stimmen.
Auf Simon Gauseweg entfielen 36 Stimmen.
Auf Lutz Conrad entfielen 43 Stimmen.

Die Versammlung hat Christel Focken zum Richter gewählt.
Die Versammlung hat Simon Gauseweg zum Richter gewählt.
Die Versammlung hat Lutz Conrad zum Richter gewählt.
Christel Focken nimmt die Wahl an.
Simon Gauseweg nimmt die Wahl an.
Lutz Conrad nimmt die Wahl an.

Die Versammlung wird unterbrochen und am Sonntag, 11.08.2013 um 10:00 Uhr fortgesetzt.
Die Versammlung wird am Sonntag, 11.08.2013 um 10:40 fortgesetzt. Die Versammlungsleitung führt
Carolin Mahn-Gauseweg.

30 Nachwahl Protokollantin

Cornell Binder kandidiert als Protokollführer.

Cornell Binder wird von der Versammlung zum Protokollführer gewählt.

31 Vorstellung der Kandidaten für die Ersatzschiedsrichter

Frank Jegzentis kandidiert zum Ersatzschiedsrichter.
Thomas Goede kandidiert zum Ersatzschiedsrichter.
Der Wahlleiter schließt die Kandidatenliste.

Frank Jegzentis stellt sich der Versammlung vor.
Thomas Goede stellt sich der Versammlung vor.

32 Wahl der Ersatzschiedsrichter

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Der Wahlgang wird um 10:52 eröffnet.
Der Wahlgang wird um 10:56 geschlossen.

Die Versammlung wird um 10:56 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 11:05 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 40 Stimmen abgegeben, davon 40 gültige und keine ungültige Stimmen.

Auf Frank Jegzentis entfielen 37 Stimmen.
Auf Thomas Goede entfielen 20 Stimmen.
Frank Jegzentis nimmt die Wahl an.

Es wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt. Die Kandidatenliste wird wieder eröffnet.

Mandy Plaswig kandidiert zum Ersatzschiedsrichter.
Thomas Goede kandidiert zum Ersatzschiedsrichter.

Die Kandidatenliste wird geschlossen.

Mandy Plaswig stellt sich vor und beantwortet Fragen der Versammlung.
Thomas Goede verzichtet auf eine erneute Vorstellung.

Der Wahlgang wird um 11:11 eröffnet.
Der Wahlgang wird um 11:15 geschlossen.

Die Versammlung wird um 11:15 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 11:22 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 45 Stimmen abgegeben, davon 44 gültige und eine ungültige Stimme.

Auf Mandy Plaswig entfielen 33 Stimmen.
Auf Thomas Goede entfielen 16 Stimmen.
Mandy Plaswig nimmt die Wahl an.

33 Vorstellung der Kandidaten für die Kassenprüfer

Es wird ein Meinungsbild abgefragt, ob drei Kassenprüfer gewählt werden sollen.

Das Meinungsbild fällt überwiegend positiv aus.

Thomas Bennühr kandidiert zum Kassenprüfer.
Michael von Gradolewski kandidiert zum Kassenprüfer.
Stephanie Heidenreich kandidiert zum Kassenprüfer.
Jens Heidenreich kandidiert zum Kassenprüfer.
Klaus Peter kandidiert zum Kassenprüfer.
Thomas Bennühr stellt sich der Versammlung vor.
Michael von Gradolweski stellt sich der Versammlung vor.
Stephanie Heidenreich stellt sich der Versammlung vor.
Jens Heidenreich stellt sich der Versammlung vor.
Klaus Peter wird der Versammlung vorgestellt.

Die Kandidaten beantworten Fragen der Versammlung.

34 Wahl der Kassenprüfer

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen. Es werden mindestens zwei Kassenprüfer gewählt, gewählt ist wer über 50% der Stimmen auf sich vereinigen kann.

Es wird ein GO-Antrag auf geheime Wahl eingereicht. Der GO-Antrag gilt ohne Abstimmung als angenommen.

Der Wahlgang wird um 11:36 eröffnet.
Der Wahlgang wird um 11:40 geschlossen.

Die Versammlung wird um 11:40 Uhr unterbrochen.
Die Versammlung wird um 11:51 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 46 Stimmen abgegeben, davon 46 gültige und keine ungültige Stimmen.

Auf Thomas Bennühr entfielen 34 Stimmen.
Auf Michael von Gradolewski entfielen 29 Stimmen.
Auf Stephanie Heidenreich entfielen 31 Stimmen.
Auf Jens Heidenreich entfielen 26 Stimmen.
Auf Klaus Peter entfielen 20 Stimmen.
Thomas Bennühr nimmt die Wahl an.
Michael von Gradolewski nimmt die Wahl an.
Stephanie Heidenreich nimmt die Wahl an.
Jens Heidenreich nimmt die Wahl an.

35 Vorstellung der Kandidaten für den Finanzrat

Manfred Liedtke kandidiert zum Finanzrat.
Thomas Bennühr kandidiert zum Finanzrat.
Michael von Gradolewski kandidiert zum Finanzrat.

Manfred Liedtke stellt sich der Versammlung vor.
Thomas Bennühr stellt sich der Versammlung vor.
Michael von Gradolewski stellt sich der Versammlung vor.

36 Wahl der Mitglieder des Finanzrats

Die Versammlung wird nach dem Approval-Voting Wahlverfahren wählen.

Es wird ein GO-Antrag auf geheime Wahl eingereicht. Der GO-Antrag gilt ohne Abstimmung als angenommen.

Der Wahlgang wird um 11:59 eröffnet.

Der Wahlgang wird um 12:03 geschlossen.

Die Versammlung wird um 12:03 Uhr unterbrochen.

Die Versammlung wird um 12:13 Uhr fortgesetzt.

Es wurden 44 Stimmen abgegeben, davon 44 gültige und keine ungültigen Stimmen.

Auf Manfred Liedtke entfielen 35 Stimmen.

Auf Thomas Bennühr entfielen 32 Stimmen.

Auf Michael von Gradolewski entfielen 27 Stimmen.

Manfred Liedtke nimmt die Wahl an.

Thomas Bennühr nimmt die Wahl an.

37 Abstimmung Sonstiger Antrag X003 – Einführung eines Antidiskriminierungsbeauftragten

Antragstext

Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge einen Antidiskriminierungsbeauftragten wählen. Der Landesparteitag möge bei der Auswahl nur diejenigen Mitglieder der Piratenpartei Deutschland berücksichtigen, die kein innerparteiliches Amt und kein politisches Mandat innehaben. Des Weiteren möge der Landesparteitag diejenigen Mitglieder bevorzugen, die über Fachwissen über bzw. Erfahrungen mit diskriminierenden Strukturen verfügen.

Als Vorgabe für die Tätigkeit der Beauftragten möge er beschließen: Das Ziel des Beauftragten ist es, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie, Lookism, Klassismus und jegliche weitere Form von Diskriminierung innerhalb der Piratenpartei zu bekämpfen. Er ist Ansprechpartner für Opfer und Zeugen von Diskriminierung innerhalb der Piratenpartei, bereitet falls notwendig, Ordnungsmaßnahmen gegen Personen vor, die diskriminierendes Verhalten an den Tag legen und koordiniert bzw. unterstützt generell Maßnahmen gegen Diskriminierung in der Partei. Dazu gehört es auch, Richtlinien zu entwerfen, wie Sensibilität für diskriminierende Mechanismen erreicht und ihnen vorgebeugt werden kann, sowie anschließend die Einhaltung dieser Richtlinien zu überprüfen. Des Weiteren ist darauf hinzuwirken, dass die Teilhabe in der Piratenpartei frei wird von Barrieren und sozialen Hürden. Der Beauftragte veröffentlicht vor der Neuwahl des Landesvorstandes einen Bericht, in dem Erfolge wie Misserfolge seiner Tätigkeit sowie weiterhin bestehende Probleme ausführlich darzulegen sind.

Die Antragstellerin zieht den Antrag zurück. Der Antrag wird übernommen.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird abgelehnt.

38 Berichte der Arbeitsgemeinschaften

38.1 Bericht der Arbeitsgemeinschaft Technik

Daniel Domscheit-Berg stellt den Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft Technik vor.

Daniel Domscheit-Berg beantwortet Fragen der Versammlung.

38.2 Bericht der Arbeitsgemeinschaft Politik

Sebastian Krone stellt den Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft Politik vor.

38.3 Bericht der Taskforce Wahlkampf

Lutz Bommel stellt den Tätigkeitsbericht der Taskforce Wahlkampf vor.

39 Satzungsänderungsanträge

39.1 SÄA001 – SMV für Stellungnahmen, EntschlieÙungen, Empfehlungen, Programm ohne Satzung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen Abschnitt 2 – Die Organe des Landesverbandes in der Satzung der Piratenpartei Brandenburg in Paragraph 8 den Absatz (1) zu ergänzen und den ebenfalls folgenden Paragraphen 8a in den Unterabschnitt der Satzung der Piratenpartei Brandenburg aufzunehmen.

(1) Der Landesparteitag tagt daneben online nach den Prinzipien von Liquid Democracy gem. §8a als Ständige Mitgliederversammlung (SMV).

§8a – Die Ständige Mitgliederversammlung (SMV)

(1) Die ständige Mitgliederversammlung (SMV) ist als online tagendes Arbeits- und Beschlussgremium des Parteitags Teil der Mitglieder- und Vertreterversammlung nach §9 PartG.

(2) Jedes stimmberechtigte Mitglied der Piratenpartei Brandenburg hat das Recht, als stimmberechtigtes Mitglied der SMV akkreditiert und deakkreditiert zu werden.

(3) Die SMV arbeitet online nach den Prinzipien der Liquid Democracy.

(4) Die SMV arbeitet transparent und nachvollziehbar, es finden ausschließlich namentliche Abstimmungen statt.

(5) Die SMV ermöglicht ihren Mitgliedern die Willensbildung in allen politischen Bereichen und kann sich entsprechend strukturieren.

(6) Der Diskussions- und Abstimmungsprozess ist in vier aufeinanderfolgenden, zeitlich begrenzte Phasen unterteilt.

Die Länge der Phasen und die Höhe der Quoren regelt die Geschäftsordnung.

In Phase 1 können Anträge und Alternativenanträge gestellt, weiterentwickelt und unterstützt werden. Hat ein Antrag ein Quorum an Unterstützern erreicht, so beginnt für ihn wie auch für alle Alternativenanträge die nächste Phase.

In Phase 2 können die Anträge weiterentwickelt und unterstützt, sowie weitere Alternativenanträge gestellt werden.

Mit Beginn von Phase 3 können Anträge nicht mehr verändert werden. Das Unterstützen von Anträgen und Stellen von Alternativenanträgen ist weiterhin möglich. Alle Anträge, die am Ende dieser Phase ein Quorum an Unterstützern erreichen, gelangen in die nächste Phase.

In Phase 4 werden die Anträge abgestimmt.

(7) Ein Antrag auf politische Stellungnahme, organisatorische EntschlieÙung oder Beschlussempfehlung für Mandats- und Amtsträger oder Organe an die SMV ist erfolgreich abgestimmt, wenn die Anzahl der Zustimmungen größer als die Anzahl der Ablehnungen ist und eine Mehrheit der, an der entsprechenden Abstimmung Teilnehmenden, diesen Antrag allen anderen Anträgen, die ebenfalls mehr Zustimmungen als Ablehnungen erhalten haben, vorzieht.

(8) Ein Antrag auf Änderung oder Ergänzung der Wahl- und Grundsatzprogramme sowie die Einbringung von Positionspapieren, wenn die Anzahl der Zustimmungen mindestens doppelt so groß wie die Anzahl der Ablehnungen ist und eine Mehrheit der, an der entsprechenden Abstimmung Teilnehmenden, diesen Antrag allen anderen Anträgen, die ebenfalls mindestens doppelt so viele

Zustimmungen wie Ablehnungen erhalten haben, vorzieht.

(9) Die SMV kann mittels einmaliger erfolgreicher Abstimmung nach §8a(7) politische Stellungnahmen und organisatorische Entschlüsse und Beschlussempfehlung für Mandats- und Amtsträger oder Organe verbindlich beschließen.

(10) Die SMV kann mittels einmaliger erfolgreicher Abstimmung nach §8a(8) Änderungen und Ergänzungen der Wahl- und Grundsatzprogramme verbindlich beschließen.

(10a) Wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten der SMV, einen Antrag auf eine geheime Abstimmung über einen Antrag stellt, so wird der Antrag, innerhalb der SMV nicht behandelt und eine Empfehlung gegeben den Antrag geheim auf dem nächsten turnusgemäßen Reallife-Parteitag zu behandeln.

(11) Die SMV kann keine Satzungsänderungen verbindlich beschließen, insofern gilt eine erfolgreiche Abstimmung nach §8a(8) lediglich als Empfehlung an das satzungsgebende Organ.

(12) Die Beschlüsse der SMV gelten als Empfehlung an Mandats- und Amtsträger der Piratenpartei Brandenburg und Organe der Piratenpartei Brandenburg, ausgenommen hiervon sind die Schiedsgerichte.

(13) Die SMV kann nicht über die Auflösung sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien entscheiden und keine Personenwahlen durchführen.

(14) Die Geschäftsordnung der SMV in der auch die Konstituierung der Ständigen Mitgliederversammlung geregelt ist, wird erstmalig vom Landesparteitag beschlossen. Sie kann danach durch Beschluss der SMV geändert werden. Durch die Geschäftsordnung kann nicht von Vorschriften der Satzung der Piratenpartei Brandenburg abgewichen werden.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Es wird ein GO-Antrag auf geheime Wahl eingereicht. Der GO-Antrag gilt ohne Abstimmung als angenommen.

Die Abstimmung wird um 12:57 eröffnet.

Die Abstimmung wird um 13:01 geschlossen.

Die Versammlung wird um 13:01 Uhr unterbrochen.

Die Versammlung wird um 14:02 Uhr fortgesetzt.

Carolin Mahn-Gauseweg übergibt die Leitung der Versammlung an Tina Otten.

Es wurden 46 Stimmen abgegeben, davon 46 gültige und keine ungültigen Stimmen.

Es wurden 26 Stimmen für den Antrag abgegeben.

Es wurden 16 Stimmen gegen den Antrag abgegeben.

Es wurden 4 Stimmen als Enthaltung abgegeben.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es wird ein GO-Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingereicht.

„Der GO-Antrag auf geheime Abstimmung benötigt ein Quorum von mindestens 5 Piraten.“

Es erfolgt eine begründete Gegenrede.

Die Versammlung stimmt dem GO-Antrag mehrheitlich zu.

39.2 SÄA002 – Einreichungszeitraum

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen,

in §15 Absatz 1 der Landessatzung werden die Worte „im laufenden Jahr“ gestrichen und durch das Wort „jederzeit“ ersetzt.

Alt: (1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können ~~im laufenden Jahr~~ gestellt werden, spätestens jedoch sind sie fünf Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Neu: (1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können **jederzeit** gestellt werden, spätestens jedoch sind sie fünf Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

39.3 SÄA003 – Vertagung unbehandelter oder zurückgestellter Anträge

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen,

in §15 Absatz 4 der Landessatzung wird folgender Satz hinzugefügt: „Eingereichte, unbehandelte oder zurückgestellte Anträge werden auf den nächsten Landesparteitag vertagt.“

Alternativ kann der Zusatz: „und bevorzugt behandelt“ angehängt werden: „Eingereichte, unbehandelte oder zurückgestellte Anträge werden auf den nächsten Landesparteitag vertagt und bevorzugt behandelt.“

Der Landesparteitag möge beide Varianten zur Abstimmung stellen.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Beide Varianten des Antrages werden als konkurrierende Anträge behandelt.

Es erfolgt eine Stichwahl zwischen beiden Varianten des Antrages.

Die Versammlung stimmt über Variante 1 ab.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird abgelehnt.

40 Programmänderungsanträge

40.1 WP004z – Legalisierung von Cannabis

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Legalisierung von Cannabis und die Abschaffung der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten ein.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.2 WP008z – Drogenprävention an Brandenburger Schulen

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Inhalt zu ergänzen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen flächendeckenden Drogen-Präventionsunterricht an Schulen ein.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

Es wird ein GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung eingereicht.

„Die zurückgestellten Anträge werden in der eingereichten Reihenfolge nach den neu eingereichten Anträgen behandelt.“

Die Versammlung stimmt dem GO-Antrag mehrheitlich zu.

40.3 WP041 – Kinder stärken – Bildungsqualität fördern

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

Die Piraten erkennen insbesondere dort, wo der Staat selbst Träger einer Einrichtung ist, oftmals großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der individuellen Förderung und des Qualitätsmanagements. Das kontinuierliche Wachstum freier Träger ist neben fehlendem Geld unter anderem dem mangelndem Qualitätsbewusstsein in einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen geschuldet.

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert.

Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern.

Für uns heißt das konkret . . .

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.4 WP043 – Personalhoheit an staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

. . . die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten Kita-Ausschusses.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird angenommen.

40.5 WP044 – Budgethoheit staatlicher Bildungs- und Erziehungseinrichtungen

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

. . . die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird angenommen.

40.6 WP045 – Staatliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu eigenständigen Körperschaften

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

. . . Schaffung und Förderung der Möglichkeit der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird angenommen.

40.7 WP046 – Das Geld folgt den Kindern – Praktische Umsetzung

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

. . . eine Finanzierung über kindergebundene Gutscheine durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggfs. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird angenommen.

40.8 WP042 – Mehr Geld für Bildung

Antragstext

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge beschließen folgenden Antrag an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

. . . mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.

. . . keine weitere Verbeamtung von Pädagogen.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird angenommen.

Carolin Mahn-Gauseweg übernimmt die Versammlungsleitung.

40.9 GP012 – Gegen Körperverletzung von Minderjährigen & X007 Gegen rituelle Körperverletzung von Minderjährigen

Die Anträge GP012 und X007 werden als konkurrierend behandelt.

Antragstext GP012 - Gegen Körperverletzung von Minderjährigen

Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, insbesondere bei Minderjährigen, ist klar als vorrangig gegenüber anderen Grundrechten hervorzuheben. Weder das Grundrecht auf Religionsfreiheit noch das Erziehungsrecht der Eltern darf das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Minderjährigen einschränken. Insofern sind insbesondere rituelle Handlungen, welche zum Verlust der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen führen, abzulehnen.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Antragstext X007 - Gegen rituelle Körperverletzung von Minderjährigen

Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, insbesondere bei Minderjährigen, ist klar als vorrangig gegenüber anderen Grundrechten hervorzuheben. Weder das Grundrecht auf Religionsfreiheit noch das Erziehungsrecht der Eltern darf das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Minderjährigen einschränken. Insofern sind rituelle Handlungen, welche zum Verlust der körperlichen Unversehrtheit von Minderjährigen führen, abzulehnen.

Es erfolgt eine Stichwahl zwischen beiden Anträgen.
Die Versammlung stimmt über X007 ab.
Der Antrag wird abgelehnt.

40.10 GP001 – Fanrechte für das Land Brandenburg

Antragstext

(Modul 1 – Einleitung) Piraten für Fanrechte

Die Piratenpartei Landesverband Brandenburg setzt sich für die Wahrung der Rechte von Fans und für einen sachlichen Dialog auf Augenhöhe zwischen allen Interessensgruppen beim Fußball und anderen Sportarten ein.

Der derzeitige Druck der Innenminister des Bundes und der Länder sowie der Polizeibehörden auf die Verbände, repressive Maßnahmen gegen große Teile der Fanszenen neu zu schaffen oder bestehende zu verschärfen, muss gestoppt werden. Die Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten muss im gesetzlichen Rahmen von der Polizei durchgeführt werden, statt sie in das Vereinsrecht zu verlagern, wo Mittel und Verfahren rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht genügen.

Modul 2 – Kollektivstrafen

Die Praxis, Vereine oder Fangruppierungen für das Vergehen einzelner Anhänger in Sippenhaft zu nehmen und Pläne, dieses Vorgehen gesetzlich zu legitimieren, lehnen wir entschieden ab.

Ebenso sehen wir Piraten keine Rechtsgrundlage für die Versuche einiger Vereine hohe Strafzahlungen an Dritte weiterzuleiten, die die Verbände und Vereine miteinander vereinbart haben.

Ein friedliches und respektvolles Miteinander ist nur ohne solche Drohkulissen möglich, die für die überwiegend jugendlichen Betroffenen langfristig stark negative Folgen haben.

Modul 4 – Keine Einschränkungen der Freiheit der Person

Der Landesverband Brandenburg spricht sich gegen die Praxis vieler Polizeibehörden, Fans ohne richterliche Anordnung mit sogenannten „Bereichsbetretungsverboten“ oder Ausreiseverboten zu belegen, sowie Bestrebungen dies bundesweit zu ermöglichen, aus. Diese Einschränkung der Grundrechte der Betroffenen ist für uns nicht hinnehmbar.

Modul 5 – Stadionverbote

Derzeit werden, insbesondere vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), bundesweite Stadionverbote häufig auf Verdacht ausgesprochen, ohne dass die Betroffenen sich zur Sache äußern könnten. Dies hat nicht selten große soziale Folgen, gerade für jene Betroffene, die im Stadion einen ihrer Lebensmittelpunkte haben.

Die Piraten stehen für ein Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben ein und fordern daher die Vergabe von bundesweiten Stadionverboten einzelfallgerecht und unter Einhaltung rechtsstaatlicher Mindeststandards inklusive fairer, verpflichtender Anhörung des Betroffenen und seiner Vertreter zu regeln. Zusätzlich sind bei den Anhörungen auch immer die jeweils zuständigen Fanbeauftragten und Vertreter der Fanszene hinzuzuziehen.

Sinn dieses Vorgehens ist es festzustellen, ob von dem Fan akute Gefahr ausgeht, oder ob man ihn nicht mit Hilfe geeigneter Maßnahmen auf den richtigen Weg zurückführen kann. Liegen die Ursachen des Fehlverhaltens des Fans außerhalb des Stadions, verlagert man mit einem Stadionverbot das Problem nur und verstärkt es unter Umständen sogar.

Hooligans und organisierte Gewalttäter werden durch Stadionverbote nicht von der Begehung von Straftaten außerhalb der Stadien abgehalten. Hier muss zur Gewaltprävention die Arbeit der Fanprojekte und Fanbeauftragten unterstützt werden, um zu verhindern, dass Jugendliche in die Hooliganszene abdriften.

Modul 6 – Einlasskontrollen

Bei den Einlasskontrollen zu den Stadien ist unbedingt darauf zu achten, dass die Würde der Stadionbesucher gewahrt bleibt. Vollkörperkontrollen sehen wir als menschenunwürdige Maßnahme, die in keinem Verhältnis zu den zu verhindernden Ordnungswidrigkeiten steht, und lehnen diese entschieden ab.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird zurückgezogen.
Der Antrag wird nicht übernommen.

40.11 GP002 – Position des Landesverbandes Brandenburg zu Pyrotechnik

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich dafür ein, den kontrollierten Einsatz von Pyrotechnik durch Fans, dort wo es die lokalen Gegebenheiten zulassen, zu ermöglichen.

Pyrotechnik ist für viele Fans fester Bestandteil der Fankultur und ein wichtiges Mittel ihren Emotionen Ausdruck zu verleihen. Die bisherigen Versuche den Einsatz von Pyrotechnik zu unterbinden sind gescheitert und haben nur zu einer immer stärker werdenden Überwachung und Gängelung der Fans geführt.

Derzeit wird Pyrotechnik heimlich ins Stadion geschafft und dort verdeckt, im Schutz der Masse, gezündet. Das hierdurch entstehende Verletzungsrisiko ließe sich bei kontrollierter Nutzung innerhalb extra dafür vorgesehener Zonen erheblich reduzieren.

Dort wo der Einsatz von Pyrotechnik durch Fans möglich ist, (z.B. in Norwegen oder Österreich) hat man sehr positive Erfahrungen damit gemacht und auch in Deutschland gibt es, z.B. beim Eishockey, bereits positive Erfahrungen damit.

Wir fordern daher, dass der DFB den 2011 begonnenen Dialog zur Legalisierung von Pyrotechnik wieder aufnimmt, und die Politik parallel die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dies zu ermöglichen.

Der Antrag wird zurückgezogen.
Der Antrag wird nicht übernommen.

40.12 GP005 – Wissenschaft

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgenden Text in das Grundsatzzprogramm aufnehmen:

Wissenschaft ist die Erweiterung des Wissens durch Forschung, dessen Weitergabe durch Lehre bzw. Veröffentlichung, der gesellschaftliche, historische und institutionelle Rahmen, in dem dies organisiert betrieben wird, sowie die Gesamtheit des so erworbenen Wissens. Bildung und Wissenschaft sind die zentralen Antriebskräfte des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern. Die Freiheit von Wissenschaft, das heißt von Lehre und Forschung, ist ein Individualrecht.

Freier Zugang zu Wissenschaft

Die Vielfalt der Forschungseinrichtungen in Brandenburg und die Breite ihres wissenschaftlichen Spektrums bilden die Grundlage für freies und fruchtbares Forschen. Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse hängt in erheblichem Maße von ihrer freien und öffentlichen Zugänglichkeit ab. Deshalb ist ein freier Zugang zu wissenschaftlicher Tätigkeit, wissenschaftlichen Diskursen und Forschungsergebnissen unabdingbar. Der Wert von Wissenschaft lässt sich nicht auf wirtschaftliche oder infrastrukturelle Aspekte reduzieren. Um ihre Vielfalt und Freiheit zu wahren, darf wissenschaftliche Tätigkeit keinen politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Zwängen unterliegen. Die Vernetzung von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen muss gezielt gefördert werden. Forschungseinrichtungen sollen Kooperationen mit Bildungsinstitutionen anstreben und sich für Lernende aus allen anderen Bildungsbereichen öffnen.

Freier Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen

Die technische Entwicklung hat die praktischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellem Erbe grundlegend verändert. Insbesondere das Internet ermöglicht erstmals eine umfassende und interaktive Repräsentation des

menschlichen Wissens, einschließlich des kulturellen Erbes, bei gleichzeitiger Gewährleistung von einem weltweiten Zugang. Wir fühlen uns verpflichtet, die Chancen neuer technischer Möglichkeiten, insbesondere des Internets als dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Medium der Wissensverbreitung, aufzugreifen. Die genannten Entwicklungen werden das Wesen wissenschaftlichen Publizierens erheblich verändern und einen Wandel der bestehenden Systeme wissenschaftlicher Qualitätssicherung einleiten. Die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access ist unerlässlicher Bestandteil gegenwärtigen und zukünftigen Wissenschaftsbetriebs. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, für dieses Prinzip zu werben, sämtliche Umsetzungshürden zu beseitigen und die nötige Infrastruktur zu fördern oder gegebenenfalls bereitzustellen. Die hierfür aufzuwendenden Mittel dürfen nicht zu Lasten sonstiger Wissenschafts- und Forschungsförderung gehen. Maßnahmen zur Förderung von Open Access sind mit der Unabhängigkeit der Universitäten und der Forschungsfreiheit vereinbar.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.13 GP006 – Vereintes Europa

Antragstext

Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge beschließen diesen Antrag an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufzunehmen:

Die PIRATEN Brandenburg bekennen sich klar zur Idee der europäischen Einigung. Nur gemeinsam vereint können die Bürger und Staaten Europas Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem ganzen Kontinent nachhaltig sicherstellen. Erstmals in der Geschichte herrschen Reisefreiheit und offene Grenzen nahezu europaweit – diese Schrankenlosigkeit entspricht unserem transnationalen Verständnis und wir wollen sie weitestmöglich fortentwickeln.

Bereits seit Gründung der Europäischen Union besteht allerdings ein Mangel an demokratischer Legitimation und Teilhabe. Das europäische Projekt ist noch immer eines der Mitgliedsstaaten, nicht ihrer Bürger. Wir PIRATEN wollen diese Defizite überwinden und aus einem Eliten-Projekt eine Graswurzelbewegung machen.

Unser Ziel ist ein vereintes Europa mit einer gemeinsamen Währung, eine in demokratischer Verfassung konstituierte politische Union. Ein Bund, von unten nach oben aufgebaut – und kein europäischer Zentralstaat. Unter Einbeziehung der historisch gewachsenen kulturellen Unterschiede innerhalb des Kontinents wollen wir eine föderale, dezentrale, rechtsstaatliche und solidarische Union schaffen, welche die ganze Vielfalt Europas abbildet.

Wir brandenburger PIRATEN wollen starke Regionen auf der einen und ein starkes Europaparlament auf der anderen Seite. Wir wollen gesamteuropäische Parteien und das aktive wie passive Wahlrecht für alle Unionsbürger europaweit. Wir wollen eine europäische Regierung und gleichsam wirkungsvolle direkt-demokratische Instrumente. Ein vereintes Europa soll im Inneren möglichst viele Kompetenzen auf die unterste politische Ebene verlagern – und nach außen mit einer gemeinsamen Stimme sprechen.

Europapolitik ist keine Außenpolitik mehr. Wir PIRATEN sehen unsere europäischen Nachbarn als Mitglieder einer Familie, denen wir in allen Notlagen beistehen – dies ist das Wesen einer solidarischen Union. In einer globalisierten Welt können wir nur unsere demokratischen und sozialen Werte nur vereint in einem Bund behaupten, deshalb kämpfen wir für ein vereintes Europa.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.14 GP007 – Grundpositionen Verkehrs- und Industrielärm

Antragstext

Der Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg möge beschließen den Text diesen Antrages an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufzunehmen:

Verkehrs- und Industrielärmemissionen

Die Piratenpartei Brandenburg erkennt Verkehrs- und Industrielärm als Umweltbelastung und als Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit. Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passiven Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Besonders schützenswert ist die Nacht.

Verkehrs- und Industrielärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbaren Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten. Lärmquellen sind entsprechend zu kennzeichnen.

Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen. Betroffene müssen die Möglichkeit haben, ihre individuellen Belastungen schnell und unkompliziert zu erfahren. Lärmemissionsberechnungen sollen auf Antrag der Betroffenen durch Messungen validiert werden.

Die Piratenpartei unterstützt die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.15 GP008 – Bildungspolitische Kernaufgaben des Staates

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen im Landesprogramm unter der Überschrift „Vielfalt und Wahlfreiheit“ im ersten Absatz statt des Satzes „Ein Bildungssystem muss so finanziert werden, dass es dabei nicht zu Wartezeiten kommt.“ folgende Passage einzufügen:

Zur Erreichung dieses Zieles sieht die Piratenpartei Brandenburg den Staat in der Pflicht

- flächendeckend einen freien Zugang zu Bildungseinrichtungen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren

Es wird ein GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit eingereicht.

Die Versammlung ist beschlussfähig.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.16 GP009 – Staat und Religionsfreiheit

Antragstext

Einleitung

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen die PIRATEN Brandenburg unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Die Piratenpartei Brandenburg erkennt und achtet die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

Säkularität und Neutralität

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist eine für die Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen.

Institutionen

Um dem Ziel des säkularen Staates näher zu kommen sollen finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, schrittweise abgebaut werden. Die Übertragung dieser Aufgaben an staatliche oder weltanschaulich neutrale Einrichtungen soll im Gegenzug gefördert werden.

Diskriminierung

Institutionen und soziale Einrichtungen in religiöser Trägerschaft müssen allen Menschen beispielsweise bei Bewerbung und Einstellung die gleichen Rechte einräumen wie Stellen in öffentlicher Hand.

Beiträge

Der staatliche Einzug von Kirchenbeiträgen soll abgeschafft werden.

Datensparsamkeit

Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.

Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen.

40.17 GP010 – Wahlrecht ist ein Menschenrecht

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Text im Landesprogramm im Kapitel „Demokratie und Wahlrecht“ als neuen Titel „Wahlrecht ist Menschenrecht einzufügen“.

Wahlrecht ist Menschenrecht

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, ist nicht nur irgendein Recht. In einem demokratischen Gemeinwesen ist das Wahlrecht das politische Grundrecht schlechthin. Umso gravierender ist es dann, wenn viele Menschen von dem Gebrauch des Wahlrechts – und somit auch vom politischen Willensprozess – ausgeschlossen werden. Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Die PIRATEN Brandenburg sehen die umfassende, selbstbestimmte politische Partizipation als Ziel und verlangen daher, Wahlen inklusiv auszugestalten, für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen und hierbei jegliche Diskriminierung zu vermeiden. Politische Teilhabe und Mitwirkung an Demokratie darf nicht vom Geschlecht, der Abstammung, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens, der

religiösen oder politischen Anschauung, des Alters oder einer Behinderung abhängig sein.

Der Antrag wird der Versammlung vorgestellt.
Es gibt Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Der Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird abgelehnt.

Es wird ein GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit eingereicht.
Die Versammlung ist nicht beschlussfähig.

41 Schließung der Versammlung

Anke Domscheit-Berg hält die Abschiedsrede.
Die Versammlung wird um 16:15 Uhr geschlossen.

Unterschriften:

Caroline Mahn-Gauseweg _____

Tina Otten _____

René Streich _____

Christian Beuster _____

Lara Lämke _____

Cornell Binder _____

Bernhard Kern _____

Raimond Heydt _____

Friedrich Schumann _____

Daniel Domscheit-Berg _____